



Interviews

Datum: 15. Mai 2024

Interview mit Gitta Connemann, CDU, Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion zum 15-Euro-Mindestlohn im Gespräch mit Sarah Zerback.

Sarah Zerback: Wenn es nach dem Kanzler ginge, dann sollte der Mindestlohn weiter steigen, und zwar deutlich. Er sei klar dafür, den Mindestlohn erst auf 14 und dann auf 15 Euro anzuheben – von aktuell 12;41 Euro. So hat er es jetzt in einem Zeitungsinterview gesagt und damit eine heftige Debatte ausgelöst, mit Zuspruch von den Grünen unter anderem und aus der eigenen Partei und mit Kritik aus der FDP und von den Arbeitgeberverbänden, die den Kanzler aufgefordert haben, sich aus der Arbeit der Mindestlohnkommission herauszuhalten.

Am Telefon ist jetzt Gitta Connemann. Sie sitzt für die CDU im Bundestag und ist Chefin der Mittelstands- und Wirtschaftsunion. – Schönen guten Morgen, Frau Connemann.

Gitta Connemann: Guten Morgen, Frau Zerback.

Zerback: Frau Connemann, ein Mindestlohn, der zum Leben reicht, sind Sie dafür?

Connemann: Natürlich müssen Löhne zum Leben reichen, aber dann muss von den Löhnen auch etwas bleiben und das könnte der Staat ohne weiteres herstellen, indem er die Steuern und Abgaben reduziert. Das wäre der richtige Weg.

Zerback: Oder, indem er die Mindestlöhne anhebt. Das wäre ein anderer Weg, den der Kanzler jetzt vorschlägt.

Connemann: Der Kanzler macht es sich sehr leicht, denn er weiß als ehemaliger Finanzminister, dass er daran gleich zweimal verdienen würde: Erstens durch reduzierte Sozialleistungen und auf der anderen Seite durch Mehreinnahmen in der Einkommenssteuer. Das weiß er sehr wohl und da ist es schon spannend, dass er dann anderen in die Tasche greift an einer Stelle, wo er selbst entlasten könnte, das aber offenkundig nicht hinbekommt.

Zerback: Gegenargument ist, dass am Ende sonst alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler den Niedriglohn subventionieren.

Connemann: Wer mehr in der Tasche hat – und jeder braucht mehr Netto vom Brutto -, wird auf der einen Seite am Ende durch Konsumausgaben auch die Konjunktur beflügeln, und auf der anderen Seite können Betriebe auch nur ausgeben, was sie erwirtschaften, und es wäre gut gewesen, wenn der Kanzler sich die Rahmendaten für die Wirtschaft in Deutschland angesehen hätte. Wir liegen inzwischen als Schlusslicht dort, wenn es um Wirtschaftswachstum geht. Alle führenden Wirtschaftsinstitute, aber auch der Internationale Währungsfonds sagen, in Deutschland wird es faktisch im nächsten Jahr zu keinem weiteren Wachstum kommen. Das hat unmittelbare Auswirkungen für Betriebe. Auf der anderen Seite sollen diese Betriebe mehr zahlen. Da passt das eine mit dem anderen nicht zusammen.

Zerback: Wären Sie für Wachstum auf dem Rücken derjenigen im Niedriglohnsektor?

Connemann: Nein! Ich spreche mich aus für eine Reduzierung von Steuern und Abgaben, für mehr Netto vom Brutto. Denn wenn Sie sich die letzte Mindestlohnerhöhung anschauen, dann ist mehr als 50 Prozent der Mindestlohnerhöhung am Ende beim Staat geblieben, und so wäre es auch jetzt. Der Bund der deutschen Steuerzahler hat mal ausgerechnet, was diese Lohnerhöhung bedeuten würde für Beschäftigte, und das wären 62 Prozent mehr Lohnsteuer. Das heißt, der große Gewinner wäre am Ende der Staat, ein Staat, der seinen eigenen Haushalt nicht hinbekommt, und vor diesem Hintergrund: Wir brauchen mehr Netto vom Brutto. Die Leute brauchen mehr im Geldbeutel. Aber Lohnerhöhungen sollten nicht beim Staat ankommen, sondern am Ende bei den Beschäftigten auf der einen Seite. Auf der anderen Seite halte ich es für außerordentlich gefährlich, wenn Lohnfindung zukünftig auf Wahlplakaten stattfindet. Der Kanzler hat einen Tabubruch begangen. Es geht jetzt um einen Überbietungswettbewerb, zuerst der Lohn. Wird zukünftig die Rentenhöhe dann auch auf Wahlplakaten festgelegt? – Ich kann wirklich nur warnen. Er hat da schon tatsächlich ein gefährliches Feuer entfacht.

Zerback: Sie nennen das Tabubruch. Der Kanzler wiederum wirft der Mindestlohnkommission einen Tabubruch vor. Er sagt, die Arbeitgeber haben nur auf einer Minianpassung beharrt, und das war ein Tabubruch. Sonst wurde da ja einvernehmlich entschieden. Ist es denn für Sie okay, wenn die Arbeitgeber in der Kommission die Arbeitnehmer einfach so überstimmen?

Connemann: So ist es ja nicht, denn ich hätte mir gewünscht, dass er sich den Mechanismus anschaut. Es gab einen Vorschlag einer unabhängigen Schlichterin, die weder der Arbeitgeber-, noch der Arbeitnehmerseite angehört, und diese Schlichterin hat einen Vorschlag gemacht, der von der Arbeitgeberseite angenommen und von der Arbeitnehmerseite abgelehnt worden ist. Das ist das Prinzip der Mindestlohnkommission, die ja tatsächlich von der Parteikollegin des Kanzlers, Andrea Nahles, eingeführt worden ist, die damals gesagt hat, wir wollen damit Überbietungswettbewerbe und auch politische Eingriffe vermeiden. Ich erinnere, dass sie damals sagte, wir sind völlig weisungsfrei. Es kann nicht so sein, dass ein Bundeskanzler oder eine Bundeskanzlerin anruft, um zu sagen, ich stelle mir die Lohnfindung jetzt so oder so vor. Damit zeigt der Kanzler, dass er ein entscheidendes Prinzip von Lohnfindung nicht verstanden hat. Löhne müssen auch erwirtschaftet werden können.

Zerback: Nun hat er ja nicht für eine politische Festsetzung plädiert, muss man dazu sagen - auch der Generalsekretär der SPD, Kevin Kühnert, hat dem widersprochen -, sondern er hat jetzt erst mal nur eine Hausnummer genannt, weil die andere zu niedrig war. Darf er das nicht als Bundeskanzler?

Connemann: Nein, er bricht damit sein Wort, denn er hat die politische Vorgabe – und nichts anderes ist ein Hinweis, ich stelle mir den oder den Lohn am Ende vor -, er hat dies bereits 2022 getan und er hat damals gesagt, dass wird das einzige Mal sein, dass ein politischer Eingriff in den Mindestlohn erfolgen soll. An dieses Wort erinnert er sich offenkundig nicht mehr. Entweder hat er es vergessen, oder er verdrängt es aus welchen Gründen auch immer. Natürlich hat ein Kanzlermachtwort, das an anderen Stellen fehlt, im Rentenstreit, im Haushaltsstreit, seine Wirkung. Das ist doch ganz klar, denn jetzt sind 15 Euro im Raum. Und noch mal: Damit wird der Mindestlohn dem Grunde nach ein Opfer auch von Willkür und Populismus. Der Überbietungswettbewerb ist ausgelöst. Es ist eine Frage der Zeit, dass jetzt die Linken, AfD oder wer auch immer sagen werden, jetzt fordern wir das. Ein Lohn ist kein Thema für Wahlplakate.

Zerback: Wären Sie denn dafür, dass die Gewerkschaften einen Mindestlohn von 15 Euro durchsetzen würden?

Connemann: Lohnfindung ist Sache der Tarifvertragsparteien. Das heißt, wenn Gewerkschaften und Arbeitgeber in einer Tarifverhandlung zu einem Mindestlohn von 15 Euro für ihre Branche kommen, dann ist das nicht nur ihr gutes Recht, sondern ich kann dann der Politik immer nur empfehlen, ein solches Tarifergebnis auch zu akzeptieren, denn Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände wissen am besten, was in einer Branche leistbar ist. Branchenmindestlöhne sind tatsächlich immer sehr, sehr gut, aber da sprechen dann auch

beide Parteien davon, was eine Branche leisten kann, und das scheint der Kanzler vergessen zu haben.

Zerback: Nur der Vollständigkeit halber: Das war nicht meine Idee, sondern da habe ich Ihren Parteikollegen Ruprecht Polenz aus der CDU zitiert, der das genau befürwortet. Wenn das jetzt nicht klappt in der Mindestlohnkommission, wenn der Kanzler jetzt ein Machtwort, wie Sie sagen, gesprochen hat, wäre es folgerichtig, die Kommission aufzulösen?

Connemann: Dem Grunde nach wäre das die Folge von ständigen Eingriffen in die Höhe des Mindestlohnes durch die Politik. Damit hätte die Mindestlohnkommission ihre Aufgabe verloren. Man kann nicht einmal sagen, jetzt lasse ich sie arbeiten, beim nächsten Mal, wenn das Ergebnis mir nicht passt, greife ich ein. Dann ist die Frage, für was brauchen wir ohnehin noch Kommissionen, nicht nur die Mindestlohnkommission.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.